

# **Sozialdemokratische Partei Deutschlands**

**Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises**

## **Haushaltsrede 2012**

Vorgetragen durch

**Josef Mischko  
Fraktionsvorsitzender**

29. November 2011

**Es gilt das gesprochene Wort!**



**Sehr geehrter Herr Landrat,  
meine Kolleginnen und Kollegen,  
werte Gäste,**

über Geld spricht man nicht, Geld hat man, sagt ein Sprichwort. Wir haben wenig Geld, also müssen wir darüber reden! Betrachtet man die Verschuldung des Kreises, so liegen wir, die innere Verschuldung von 20 Mio. € eingerechnet, immer noch über dem Landesdurchschnitt. Trotz unseres Aktienverkaufs, mit dem wir sehr viel für unsere Infrastruktur haben tun können, ist die finanzielle Lage des Ostalbkreises nur – ich halte fest - **mittelmäßig**.

Wenn die Unsicherheit – neudeutsch: Volatilität – der globalen Wirtschaft zum Dauerzustand wird, wenn quasi über Nacht schwere Krisen über uns hereinbrechen können, dann müssen wir unsere Finanzen solide und stabil aufstellen. Dies ist derzeit unsere primäre Aufgabe und gilt gleichermaßen für die Gemeinden und den Landkreis.

**Die SPD ist für stabile Finanzen**, im Ostalbkreis wie im Land Baden-Württemberg. Haushaltskonsolidierung jetzt und Schuldenabbau für die kommenden Generationen zu organisieren, ist für uns die Maxime wirtschaftlichen Handelns. Die neuesten Zahlen aus Stuttgart machen es uns leichter.

Die SPD-Kreistagsfraktion sagt ein klares Ja, dass die Erhöhung des Kopfbetrages auf 510 € zur Abdeckung des restlichen Fehlbetrags in Höhe von 997 Tausend € verwendet wird. Somit kann der für das Jahr 2012 benötigte Liquiditätsbedarf in voller Höhe aus dem laufenden Haushalt finanziert werden. Die Rücklage bleibt dann in vollem Umfang erhalten. Des Weiteren wäre es natürlich am besten, wenn die noch nicht in Anspruch genommene Kreditaufnahme der Jahre 2010 und 2011, wie im Vorbericht angedeutet, reduziert würde oder wir gar ganz auf sie verzichten könnten.

**Die SPD ist für die konsequente energetische Sanierung der kreiseigenen Gebäude.** Das spart nachhaltig Betriebskosten. Deshalb folgen wir auch Ihrem Vorschlag zur Restfinanzierung der energetischen Sanierung des Verwaltungsgebäudes Haußmannstraße 29 in Schwäbisch Gmünd.

Je eher wir beginnen, die geplante Neuverschuldung aus dem Jahr 2011, so sie noch notwendig ist, zurückzuführen, desto besser sind wir für die Zukunft gewappnet.

Die in der Mittelfristigen Finanzplanung vorgesehene Reduzierung der Neuschulden im Jahr 2012 in Höhe von 215.000 € findet deshalb die Zustimmung der SPD-Kreistagsfraktion. Das gilt auch für die geplanten Tilgungen in den Jahren 2013, 2014 und 2015 in Höhe von

1,3 Mill. € p.a. **Wir stehen also treu zu den Beschlüssen zur Schuldentilgung im Kreishaushalt aus dem Jahr 2010. Wir sind verlässlich!**

Meine Damen und Herren, die Unwägbarkeiten bleiben, auch wenn die wirtschaftliche Lage derzeit in den wichtigsten Branchen in unserem Kreis – Automobil- und Elektroindustrie, Maschinenbau und Handwerk - noch gut ist.

Was die Entwicklung der Konjunktur im kommenden Jahr betrifft – mit allen Folgen für unsere Branchen – müssen wir auf Sicht fahren. Die Störpotenziale, die von den Finanzmärkten auf die so genannte Realwirtschaft ausgehen, sind nach wie vor groß. Ihre konkreten Auswirkungen sind schwer zu prognostizieren.

Aber wir sind nicht nur Beobachter. Wir sind auch Akteure. Das Risiko der Märkte mahnt zur Vorsicht. **Deshalb ist die SPD Kreistagsfraktion für die Senkung der Kreisumlage auf 35.5%, mehr nicht!** Eine weitere Senkung wäre gefährlich. Man könnte es so vergleichen, wie wenn man mit einem brennenden Streichholz überprüft, wie viel Benzin noch im Tank ist.

Trotz oder gerade wegen der unsicheren wirtschaftlichen Situation muss sich der Kreis 2012 festlegen, wie er sich umwelttechnisch, wirtschaftlich, straßenbaulich, energetisch autark und sozial aufstellt. Dazu will die SPD-Kreistagsfraktion ihren Beitrag leisten.

Der vorgelegte Entwurf des Kreishaushaltsplans 2012 umfasst ein Volumen von knapp 540 Mio. €.

Wichtigstes Merkmal ist, dass die Steuerkraftsumme der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zum wiederholten Male stark angestiegen ist, nämlich von 289,2 Mio. € im Jahr 2011 auf ( neu gerechnet ) 313 Mio. €. Die Schlüsselzuweisungen erhöhen sich von 28,9 Mio. € um 1.8 Mio. € auf 30.7 Mio. €. Es zeigt sich dass es richtig war, sich nicht schon im Juli, wie es unser Landrat wollte, auf eine bestimmte Höhe der Kreisumlage fest zu legen. Die neuesten Veränderungen ergeben im Haushalt 2012 eine voraussichtliche Gesamtverbesserung in Höhe von immerhin rund 1,5 Mio. €.

Zum ersten Mal seit die Aktienerlöse aufgebraucht sind, brauchen wir keine Nettoneuverschuldung. Eine rasche Konsolidierung der Kreisfinanzen ist möglich.

Und das Investitionsvolumen in 2012 liegt bei guten 11.99 Mio. €.

Der erste Haushalt unseres Kämmerers Kurz war ein Sparhaushalt. Jetzt beim zweiten kann er sich freuen und ist sozusagen „Karl im Glück“. Aber das ist noch nicht alles: Die neuesten Zahlen des SPD-Finanzministers lassen ihn regelrecht zum Strahlemann werden.

Die Mittel für die **Schülerbeförderung** werden durch die neue Landesregierung von 170 Mio. € um 20 Mio. € auf 190 Mio. € aufgestockt. Für den Landkreis bedeutet dies Mehreinnahmen von rund 870.000 €. **Die SPD im Landtag löst damit ein Wahlversprechen ein.** Mit der Erhöhung der Grunderwerbssteuer von 3,5% auf 5% entlastet Stuttgart die Kommunen bei der Kinderbetreuung. **Die SPD löst damit ein weiteres Wahlversprechen ein.**

### **Soziale Sicherung**

Die Gesamtausgaben belaufen sich auf 182 Mio. €. Von Bund und Land erhaltene Zuweisungen belaufen sich auf 67 Mio. €. Vom Landkreis zu tragen sind also **115 Mio. €**. Die Kreisumlage beträgt für 2012 genau 111.516.820 €. Sie liegt damit 3,7 Mio. € unter dem Zuschussbedarf für die Soziale Sicherung.

Für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurde auf Druck der SPD-regierten Länder im Bundesrat für 2012 eine Entlastung der Kommunen durch den Bund in Höhe von 45% herbeigeführt. Das entspricht einer Bundesbeteiligung in Höhe von 4,16 Mio. €. Dank der SPD regierten Länder.

Optimistisch erwartet unser Landrat eine weitere Ausgabenreduzierung im Bereich SGB II um 1,8 Mio.€. Sagt aber zugleich, dass diese Annahme risikobehaftet ist. Dies sehen wir auch so.

Die Personal- und Sachkosten des Jobcenter steigen, weil die Schwarz/Gelbe Regierung den Anteil des Landkreises von 12,6% auf 15,2 % erhöht. Dies sind Mehrausgaben von 240.816 €. Dank der CDU/FDP.

Die Eingliederungshilfe wird eine Erhöhung von rund 111.150 € veranschlagt. Sie entsteht durch die Tarifsteigerung bei den Trägern. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Auf dem Rücken der Beschäftigten wurde in der Krise genug gespart! Jetzt muss wieder Geld bei den Beschäftigten ankommen. Das ist gut so.

Insgesamt freut sich der Kämmerer, dass der veranschlagte Zuschussbedarf in Höhe von 79 Mio. € für die Soziale Sicherung, wie im Eckpunktepapier geplant, eingehalten wird. Der Gesamt - Zuschussbedarf erhöht sich für den Ostalbkreis gegenüber 2011 um rund 400.000 €. Im Sozialhaushalt erkennen wir eine rigide Sparpolitik wie auch risikobehaftete Berechnungsgrundlagen. Wichtig ist: Mit dem Sozialhaushalt organisieren wir den Kitt, der unsere Gesellschaft zusammen hält.

**Die SPD Kreistagsfraktion stellt folgende Anträge:**

**1. Wir wollen, dass der Stundensatz für Tagesmütter in Höhe von 3,90€ überprüft wird.**

Für die SPD-Fraktion ist dieser Betrag pro Stunde und pro Kind zu niedrig. (Schorn-dorf vergütet beispielsweise in Höhe von 5,30€.)

Der Rechtsanspruch für einen Kindergruppenplatz für unter Dreijährige ist mit dem Ausbau der Tagespflege um 20% gesetzlich verknüpft. Die Tagespflege stellt ein zu-sätzliches Betreuungsangebot dar, doch mit diesem niedrigen Stundensatz ist es na-hezu unmöglich, einen vernünftigen Ausbau der Tageselternstruktur zu erreichen.

**2. Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit Behinderung**

Im Jahre 2010 ist die EU der UN Menschenrechtskonvention beigetreten und ver-pflichtet sich somit, Menschen mit Behinderungen unveräußerliche Menschenrechte zuzugestehen. Im Bereich der U25 stellen wir im Ostalbkreis leider fest, dass Fami-lien erst den Rechtsweg bestreiten müssen, um ihr Recht auf Selbstbestimmtes Wohnen durchzusetzen. Für die SPD Kreistagsfraktion ein mehr als fragwürdiges Verhalten.

**Die SPD Kreistagsfraktion beantragt eine Überprüfung dieser Vorgänge und ei-nen Bericht zum Stand der Umsetzung der Menschenrechte nach der UN Men-schenrechtskonvention.**

**3. Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt eine weitere Stelle für die psychologische Beratung im Landratsamt.**

Die psychischen Belastungen der Menschen nehmen immer weiter zu. Quer durch die Gesellschaft, unabhängig von Alter und Geschlecht, zeigt sich ein erhöhter Bera-tungsbedarf. Die Wartezeit der psychologischen Beratungsstelle des OAK beträgt ein Jahr! Leider besteht die Alternative für Hilfe suchende Menschen in einer stationären Aufnahme! Die SPD Fraktion findet diesen Zustand unhaltbar, denn Beratungsange-bote müssen zeitnah und ambulant in einem angemessenen Zeitrahmen stattfinden, deshalb ist es wichtig, eine weitere Stelle einzurichten.

**4. Die SPD Kreistagsfraktion beantragt den Erwerb des dauerhaften Bedarf der benötigten 6.000 Spritzen für die Drogenberatung Limit durch die Kreiskran-kenhäuser sicherzustellen.**

Die Drogenberatung Limit in Schwäbisch Gmünd benötigt Unterstützung im Ankauf von sauberen Spritzen. Dies könnte in gleichen Teilen auf die Kreiskrankenhäuser

verteilt werden. Bisher muss die Einrichtung die 6.000 Spritzen mit dem medizinischen Zubehör jährlich aus dem eigenen Etat beziehen. Durch die Herausgabe von sauberen Spritzen gegen die Abgabe der gebrauchten ist die Zahl der benutzten Spritzen auf Spielplätzen gesunken. Somit wurde die Gefahr für Kinder deutlich reduziert.

**5. Die SPD Kreistagsfraktion beantragt eine Überprüfung, wie sichergestellt werden kann, dass in Zukunft freie Stellen in der Beratung im Jobcenter zu 50% mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter besetzt werden.**

Die Vermittlung in den Arbeitsmarkt kann nur langfristig ein Erfolg werden, wenn die zunehmenden sozialen Probleme der Arbeitssuchenden mit im Fokus stehen. Hier benötigt die Verwaltung einen weiteren Arbeitsbereich der mit einer sozialen Profession ausgestattet ist.

**6. Die SPD Kreistagsfraktion beantragt, dass die Verwaltung den Kreistag darüber informiert, welche politischen Gestaltungsmöglichkeiten die Optionskommune im Jobcenter vornimmt, um den Schutz von 1€-Jobbern sicherzustellen.**

Durch die Veränderung der Instrumentenreform des SGB II sind tiefe Einschnitte ins soziale Netz zu befürchten. Aufgrund dieser Reform ist das Sozialkaufhaus der Caritas, die Tafelläden, der Second- Hand-Shop der AJO mehr als gefährdet. Die Sorge um die dort Beschäftigten und deren Kunden darf uns nicht egal sein. Weiter beantragen wir, dass alles getan wird, einen 2ten dauerhaften Arbeitsmarkt einzurichten. Trotz der zwei Konjunkturanstiege stellen wir fest, dass es immer dieselben Menschen sind, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten und in die dauerhafte Abhängigkeit des SGB II-Bezuges gedrängt werden. Auch eine geringfügig sozialversicherungspflichtige Tätigkeit, wie sie ein zweiter und dritter Arbeitsmarkt bieten, verhelfen diesen Menschen zu einer aktiven Teilhabe im gesellschaftlichen und selbstbestimmten Leben. Hier muss der Sozialstaat reagieren!

**7. Die SPD Kreistagsfraktion beantragt eine Ausbildungsplatzoffensive des Ostalbkreises.**

Das Ziel der SPD ist, dass jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommt, der ihm zusagt. Derzeit fehlen im OAK immer noch 200 Ausbildungsplätze, zählt man die noch unvermittelten Jugendliche, die eine Warteschleife drehen, hinzu, dann addiert sich die Zahl auf nahezu 1000. Das sind tausend zu viel!

## 8. Verbesserungen für Flüchtlinge in den Gemeinschaftsunterkünften.

Es muss unser Ziel sein, den dort untergebrachten Flüchtlingen eine sinnvolle Beschäftigung zu ermöglichen, die sie wieder an ein normales Leben heranführt und ihre gesellschaftliche Eingliederung ermöglicht, nicht selten nach beschwerlicher Flucht, traumatischem Terror und oft jahrelangem Warten auf Anerkennung als Flüchtling. Zum Beispiel könnten die Flüchtlinge in der Gmünder Unterkunft Gärten anlegen, wozu dann der Landkreis Materialkosten beisteuern müsste.

Ein weiteres Beispiel passiert derzeit in Schwäbisch Gmünd, wo eine Gruppe von Flüchtlingen an den Vorbereitungen zur „Staufersaga“ im Rahmen der 850-Jahr-Feier der Stadt mitwirkt.

## Personalkosten

Beim Personal wird eine pauschale Kürzung in Höhe von 650.000 € als globale Minderausgabe angesetzt. Der Landkreis rechnet mit einer Steigerung der Löhne und Gehälter für das Jahr 2012 um 2,5 %. Bei 65,2 Mio. € an gesamten Personalkosten wird nach Abzug der Kosten für Jobcenter, Wald- und Straßenarbeiter ein Nettopersonalaufwand in Höhe von 48,4 Mio. € erwartet. Die Erhöhung ist aus unserer Sicht in Ordnung. Mehr wäre besser.

## Bildung

Das Land Baden-Württemberg stellt im kommenden Jahr 20 Mio. € mehr für die Schülerbeförderung zur Verfügung. Für den Kreis sind dies Mehreinnahmen von 870 T€. Die SPD-Fraktion sagt ausdrücklich **D A N K E** in Richtung Landesregierung. Das Konnexitätsprinzip gewinnt wieder an Gewicht. Zu Zeiten der CDU/FDP-Landesregierung war es zur Worthülse verkommen.

Trotz sinkender Schülerzahlen erhöht sich der Eigenanteil des OAK bei den Schulen von 6.6 Mio. € im Jahr 2011 auf 7.1 Mio. € im kommenden Jahr. Eine Steigerung um rund eine halbe Million. Es ist jetzt wieder möglich, den Erwerb von beweglichen Sachen in den Schulen etwas hochzufahren, nachdem er in der Vergangenheit zu gering ausfiel.

Für die kommenden Jahre ist die Sanierung des Gmünder Kreisberufsschulzentrums mit einer schon sehr lange ins Auge gefassten Neugestaltung der Mensa eine Mammutaufgabe, die etwa 8 Mio. € kosten wird. Auch die von uns schon seit einiger Zeit angemahnte Sanierung der Klosterbergschule soll nun endlich in die Gänge kommen. Dass die Verwaltung bei der Sanierung der Schlossschule Wasseralfingen eine Pause machen will, können wir mittragen. Aber im Jahr 2013 muss das vollends über die Bühne gehen.

Eine offene Wunde in der Bildungslandschaft ist die Tatsache, dass die frühere Landesregierung das Staatl. Schulamt von Schwäbisch Gmünd nach Göppingen verlegt hat. Die Folgen sind jetzt zu sehen: Zeitverluste, weniger Bürgernähe und Reisekosten ohne Ende. Danke Herr Mack und Herr Dr. Scheffold. Sie haben uns einen Bärenienst erwiesen.

### **Antrag:**

**An den Schulen in Leinzell und Abtsgmünd wird Schulsozialarbeit eingerichtet.** Geredet wurde darüber schon genug. Jetzt muss der Kreis zur Tat schreiten, nachdem sich die Finanzierungsbedingungen bei der Schulsozialarbeit verbessert haben.

### **ÖPNV**

Der Zuschuss beim ÖPNV des Landkreises beträgt incl. der Schülerbeförderung 6,3 Mio. €. Das ist nicht wenig. Den Bemühungen des Landrats, den Zuschuss des Landkreises um 2 Mio. € zu verringern, war bis jetzt wenig Erfolg beschieden. Da hilft wohl nur noch beten. Verbesserungen erhoffen wir uns auch mit dem neuen Nahverkehrsplan, der jetzt in Arbeit ist. Dabei sollte man auch die Bürgerschaft einbeziehen.

### **Antrag:**

**Die SPD Kreistagsfraktion beantragt, dass die Schülerfahrkarten den ganzen Tag allgemein benutzt werden können.**

Derzeit ist dies nur bei Schulbeginn, sowie ab 12 Uhr möglich. Für die Zeit zwischen Schulbeginn und 12 Uhr ist eine Benutzung nicht möglich. Dies ist verbesserungsbedürftig. Wenn die Schulen während der Schulzeit Exkursionen irgendwelcher Art durchführen, müssen die Schüler die Fahrtkosten bezahlen. Dies sollte für Schüler mit Schülerfahrkarte geändert werden.

### **Straßenbau:**

Im Straßenbau hat die Kreispolitik in der Vergangenheit bewiesen, dass es möglich ist, Kreiseigentum auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten einigermaßen zu erhalten. 2,9 Mio. € Kreismittel und 2,1 Mio. € Fremdmittel, also insgesamt 5 Mio. € sichern auch in Zukunft, dass die Kreisstraßen keine Stoßdämpferteststrecke von Daimler oder Audi werden. Die SPD Fraktion bekennt sich ausdrücklich zum Kursbuch der Mittelfristigen Finanzplanung des Straßen- und Radwegenetzes.

Was sich aber die alte Regierung aus CDU und FDP bei den Landesstraßen geleistet hat, haut dem Fass den Boden aus! Hier wurden Erwartungen in der Bevölkerung geweckt, die in keinsten Weise durchfinanziert sind. Die neue Landesregierung benötigt nun bei gleichen jährlichen Ausgaben der alten Landesregierung sage und schreibe 9 bis 10 Jahre, um den Finanzierungstau in Höhe von 1,1Mrd. € begonnener Straßenbaumaßnahmen zu bewältigen. Die zuletzt ausgegebenen Jahresmittel betragen gerade mal ca. 40 Mio. €. Das nenne

ich den Menschen Sand in die Augen streuen! Die beiden CDU-Abgeordneten Mack und Dr. Scheffold haben im Prinzip alles zugesagt: Möggingen – Heuchlingen, Ortsumfahrung Bargau, Essingen-Lauterburg, Bartholomä-Heidhöfe, Neresheim-Dischingen oder Essingen-Forst .

Jetzt stehen sie mit abgesägten Hosen da. Um davon abzulenken, zeigen sie mit dem Finger auf die neue Landesregierung. Das ist mehr als unseriös!

Bund und Land haben den Straßenbau total unterfinanziert. Bei den Bundesstraßen ist es so, dass die Bundesregierung für Baden- Württemberg den Finanzplan von SPD-Minister Tiefensee von 200 Mio. € pro Jahr auf 120 Mio. € in den nächsten Jahren herabgesetzt hat. Damit rückt dank der CDU/ FDP die durchgängige Finanzierung der B29 in weite Ferne.

Herr Landrat, Sie sollten der Bevölkerung reinen Wein einschenken. Nämlich, dass die Regierung im Bund und die alte Landesregierung viele Spatenstiche gemacht, die Projekte aber nicht durchfinanziert haben. Das gilt auch für Möggingen. Nun muss auch der Kreis massiv Druck auf den Bundesverkehrsminister machen, dass er wieder deutlich mehr Mittel für den Straßenbau in Baden-Württemberg bereitstellt.

Sonst ist es auf absehbare Zeit Essig mit all den notwendigen Ortsumfahrungen. Auch von der zusätzlichen Milliarde des Bundes wird nicht viel in Baden-Württemberg ankommen, weil davon auch noch Geld in die Schiene und in die Wasserstraßen geht.

### **Kliniken**

Alle drei Kliniken haben ein gesamtes Wirtschaftsvolumen in Höhe von 207 Mio. €. Für alle drei Kliniken besteht ein gewisses Bestandsrisiko. Deshalb gilt es, weiter zu investieren, um die Nachfrage der Patienten nach unseren Krankenhausleistungen zu garantieren: In Aalen mit der Fortführung des Neubaus der Frauenklinik sowie des Zentral-OP wie auch in das neue medizinische Angebot in der Akutgeriatrie und der geriatrischen Reha.

Investitionen sind auch beim Stauferklinikum geplant, wie etwa die energetische Sanierung der Süd- und Westfassade des Bettenhauses. Das gleiche gilt für die St.-Anna-Klinik in Ellwangen.

Eine Folge der Investitionen ist zwangsläufig ein Mehrbedarf an Personal. Die Ausdünnung des Personals hat eine Schmerzgrenze erreicht. Wir brauchen mehr Klinikpersonal. Die Stellungnahme des Personalrates zum Stellenplan 2012 ist ein Hilfeschrei. Wir meinen, wer am Personal spart, spart an der falschen Stelle. **Wir fordern einen umfassenden Stellenplan.**

Dass eine Kinderbetreuung 2012 angeboten wird, begrüßen wir ausdrücklich. Allerdings fordern wir, dass dieses Angebot auch für Personal im Schichtbetrieb bezahlbar bleibt. **Wir erwarten einen Bericht im Krankenhausausschuss.**

Die Wachkomaklinik in Bopfingen ist voll ausgelastet! Das ist für unseren Haushalt gut. Trotzdem trägt der Ostalbkreis einen Verlust in Höhe von 156.000 €. Obwohl ausgelastet, also der Bedarf an Plätzen da ist, zahlt die Pflegekasse nicht kostendeckend. Das macht deutlich, dass der Pflegebereich absolut unterfinanziert ist. Bundesgesundheitsminister Bahr von der FDP lässt nicht nur unseren Kreis hängen, sondern auch die Betroffenen, deren Angehörige und die Beschäftigten. **Wir brauchen kostendeckende Sätze und die Deckelung muss aufgehoben werden. Eine entsprechende Initiative Richtung Berlin ist zu ergreifen.**

### **Energiepolitik:**

**Wir fordern ein Ostalbgesamtenergiekonzept, das die folgenden Themen umfasst:**

- Windkraft
- Biogas
- Photovoltaik
- Erdwärme
- Wasserkraft

Um dieses Konzept zu entwickeln, müssen die Stadtwerke der Kreisstädte, die lokalen Agenden, die Landwirtschaft, ja, die gesamte Bevölkerung einbezogen werden. Wenn wir unser Ziel ernst nehmen, bis 2025 zu fünfzig Prozent energieautark zu werden, müssen wir jetzt Gas geben! Die Umstände sind günstig!

### **Abfallwirtschaft**

Besser geht es kaum. Wenn uns die CDU/FDP Bundesregierung keinen Strich durch unsere Rechnung in Sachen Wertstoffe macht, dann ist unsere GOA für 2012 und 2013 bestens aufgestellt. Durch die hervorragende Gewinnsituation kann das verbliebene Defizit im Jahr 2012 vollständig abgebaut werden. Damit ist im Jahr 2013 erneut eine Gebührensenkung im Abfallbereich möglich. Dies fordert die SPD schon heute!

### **EU – Förderung – Strukturförderung**

Die EU-Förderung ist gut aufgestellt. Die Mannschaft um Frau Hahn und Herrn Fünfzelder macht eine gute Arbeit. Der Ostalbkreis ist ländlich geprägt und profitiert deutlich durch dieses Fördermanagement. Wenn uns die Eurokrise keinen Strich durch die Rechnung macht, kann nichts schief gehen. Die Veranstaltung zum Euro in Schwäbisch Gmünd war hervor-

gend. Sie hat uns viel Lob, auch von außerhalb des Kreises, eingebracht. Vielen Dank. Machen Sie weiter so!

Das Thema **Breitbandversorgung** im ländlichen Raum wird von der SPD-Kreistagsfraktion unterstützt. Ohne ein flächendeckendes schnelles Datennetz hängen wir unsere Region ab. Es ist alles zu tun, um dies zu verhindern.

Auch die **ärztliche Versorgung** in ländlichen Gebieten ist uns ein Herzensanliegen. Es droht ein Landarztinfarkt. Wir sollten es nicht soweit kommen lassen. Erste Lösungsansätze sind auf dem AOK-Symposium in Schwäbisch Gmünd gemacht worden. Daran ist weiter zu arbeiten.

Aus dem **demographischen Wandel** ergeben sich neue Anforderungen an die Mobilität. Die Bahnverbindungen sollten seniorenreicher und kundenattraktiver gestaltet werden. Die kostenlose Mitnahme von Fahrrädern durch die Bahn ist sicherzustellen. Car-Sharing Angebote an den Bahnhöfen wären ein Fortschritt. Und das erfolgreiche Fifty-Fifty Taxi könnte zum Generationentaxi weiter entwickelt werden.

### **Dank**

Die SPD-Kreistagsfraktion dankt allen Beschäftigten des Landratsamtes für ihre engagierte Arbeit. Sie dankt ihnen nochmals ausdrücklich, dass sie im Krisenjahr 2011 große Belastungen auf sich genommen haben. 2012 kann nun die Kostenbremse beim Personal gelockert werden. Wir sind gemeinsam durch die Krise gekommen. Jetzt sind die Beschäftigten wieder an der Reihe. Ohne ihr großes Engagement hätten wir im Landkreis vieles nicht geschafft. Herzlichen Dank dafür! Diesen Dank gebe ich auch an die Regierungsbank. Sie haben mit der SPD keinen leichten, aber immer einen verlässlichen Partner.

**So sind wir Sozialdemokraten eben, aus Verantwortung unbequem.**

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.